



Die Freiheit... Einzelpreis 10 Pfg. ...

Einzelpreis 10 Pfg. ...

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 21. Februar 1919

Nummer 93

Ein Streich gegen die Volksmarine-Division.

Wird ein neues Bündnis vorbereitet?

Das Regierungsdirektiv „F. V. N.“ meldet: Infolge der Verhaftung der Führer des Roten Soldatenbundes ist es in Berlin vollständig ruhig geblieben.

Wie und auch von anderer Seite gemeldet wird, sind ernste Anzeichen für einen neuen Vorstoß der Reaktion vorhanden.

Die Haltung der Regierung.

Die Meldungen aus dem Ruhrrevier lassen erkennen, daß von einer Beilegung der Unruhen und Streiks noch keine Rede sein kann.

Die Bereitwilligkeit der Regierung mit der Reunionskommission zu verhandeln, ist von den Bergarbeitern dahin ausgelegt worden, daß auch die Regierung mit einer sofortigen Sozialisierung einverstanden ist.

Die Arbeiter sind anderer Ansicht. Sie verstehen die Verwicklungsastaktik der Regierung nicht.

Scheidemann hat in Weimar von „merkwürdigen Politikern“ gesprochen, die sofort Reter und Mordio schreiben, wenn man dem gewalttätigen Treiben ein Ende zu setzen sucht.

Sehr richtig! Wir sind ganz der gleichen Ansicht. Auch wir verlangen keine Worte, sondern Taten von der Regierung.

Weimar, 20. Februar. Wie in den Franzosenstellungen mitgeteilt wurde, sollen die gegen das Ruhrrevier vorrückenden Regierungstruppen auf eine Stärke von insgesamt 25 000 Mann gebracht werden.

Berichte aus dem Ruhrrevier.

Essen, 20. Februar. Die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Spartakisten des Essener Arbeiter- und Soldatenrats haben folgende Vereinbarung getroffen: Die Auseinandersetzung über den Streik soll nicht mit Gewehren und Handgranaten, sondern mit sachlichen Gründen geführt werden.

Essen, 20. Februar. Der Zentralausschuß für den allgemeinen Streik im Ruhrgebiet beruft eine Tagung auf Freitag morgen 10 Uhr nach Essen ein mit der Tagesord-

nung: Bericht über den Stand des Streiks. Alle Arbeiter- und Soldatenräte sollen Vertreter entsenden, und zwar Städte bis zu 50 000 Einwohner einen Delegierten, bis zu 100 000 zwei und über 100 000 drei Delegierte.

Essen (Ruhr), 20. Februar. Von 250 Schachanlagen sind 100 vom Ausstand betroffen. Es streikten in der gestrigen Mittagsstunde etwa 60 000, in der Nachtschicht etwa 15 000 und in der heutigen Morgenschicht etwa 70 000 Arbeiter.

Münster, 20. Februar. Das Generalkommando teilt mit: Der Regimentskommandeur Gelsenkirchen hat in der Nacht vom 19. zum 20. Februar fünf Haupttrübsüßler der Spartakisten verhaftet und zur 19. Division abgeleitet.

Düsseldorf, 20. Februar. Die Arbeit in den Düsseldorfer Betrieben ruht fast vollständig.

Mülheim a. Ruhr, 19. Februar. Die Mülheimer Arbeiter dürfen von morgen ab wieder erscheinen, müssen jedoch an der Spitze des redaktionellen Teiles einen Vermerk bringen, daß ihr Erscheinen mit Erlaubnis der revolutionären Arbeitererschaft erfolgt.

Der Kampf gegen die U- und S.-Räte.

Wesha, 20. Februar. Zwischen dem Kommando der Regierungstruppen und den U- und S.-Räten finden Verhandlungen statt. Die Räte haben einen Teil ihrer Machtbefugnisse abgelegt, doch weigern sie sich, zurückzutreten.

Die Vorgänge in München.

München, 20. Februar. Die „Neue Zeitung“ gibt eine Darstellung des mihglückten Putschs und gelangt zu dem Ergebnis, daß unter dem Deckmantel des Schutzes des Landtages ein reaktionäres Militärregiment in Bayern wieder aufgestellt werden sollte.

Prinz Joachim von Preußen wird unter Bewachung über die Grenze nach Preußen gebracht, da sich keinerlei Anhaltspunkte für eine Beteiligung an dem gestrigen Putsch feststellen ließen.

Ein lästiger Ausländer.

Kopenhagen, 20. Februar. Die schwedische Regierung hat es abgelehnt, die Dauer des Aufenthalts Ludendorffs in Schweden zu verlängern.

Das Attentat auf Clemenceau.

Amsterdam, 20. Februar. Wie aus Paris gemeldet wird, erklärte Cottin, der Attentäter Clemenceaus, daß er den Ministerpräsidenten habe töten wollen, weil dieser das Haupthindernis für einen schnellen und gerechten Frieden sei.

Amsterdam, 20. Februar. Wie Pariser Telegramme melden, ist auf behördliche Veranlassung die Pariser Arbeiterbörse geschlossen worden. Verschiedene Führer des pazifistischen Syndikalistenverbandes wurden festgenommen.

Keine Provokation!

Keum hat die Entente von der deutschen Regierung die Einstellung der Waffenhandlung gegen die Polen erzwungen, so beginnt schon wieder in der ganzen bürgerlichen Presse und ebenso in den rechtssozialistischen Organen eine neue Hege gegen die Polen.

Unsere Truppen nahmen in tapfer durchgeführtem Angriff das vom Feind hartnäckig verteidigte Dorf Neudorf südlich Ventischen.

Wie früher, so sind auch jetzt wieder überall die fatalistisch gearteten Elemente am Werke, denen es nicht paßt, daß an die Stelle der Gewalt Verhandlungen treten sollen.

Soll deutsches Blut umsonst geflossen sein? Der Grenzschutzabschnitt Birnbaum hält, wie es auch kommen möge, seine jetzige Stellung, die heute nach der Orientierungskarte der Obersten Heeresleitung vom 6. 2. 1919 weit östlich Birnbaums liegt und bietet um Unterstützung durch die Regierung.

Dieser offene Bruch des Waffenstillstandes wird von der bürgerlichen Presse unterstützt, während die Regierung schweigt und dieses an die Nationalversammlung gerichtete Telegramm unterschützt.

Daß von den Polen keine wirkliche Gefahr droht, geht daraus hervor, daß selbst nach einem Bericht in der „Pösischen Zeitung“ in den unmittelbar bedrohten Gebieten die Notwendigkeit des Grenzschutzes nicht eingesehen wird.

Wir warnen auch jetzt wieder, den Fatalisten freie Hand zu lassen. Sie wollen den Konflikt mit den Polen und warten nur auf den Augenblick, wo sie ihre ungemein verderbliche, seit Jahrzehnten betriebene Politik gegen die Polen wieder aufnehmen können.

Eisner über den Zusammentritt des Landtages.

München, 20. Februar. Der bayerische Nätekonferenz wurde heute nachmittag gelöst. Das Ereignis der letzten Sitzung war eine Rede des Ministerpräsidenten Eisner anlässlich des morgigen Zusammentritts des Landtags.

Sonnabend, 22. Februar: Flugblattverbreitung für Berlin von den bekannten Lokalen aus.

Mütter! Frauen!

Zum dritten Male innerhalb einer kurzen Spanne Zeit treten Ihr an die Wahlurne.

Sonntag, den 23. Februar.

Sollt Ihr in Groß-Berlin die Gemeindevertreter wählen! Wem werdet Ihr Mütter und Frauen eure Stimme geben?

Bedenkt, welche Leiden und Entbehrungen Ihr während des Krieges durchgemacht habt, wie viele von Euren Kindern Hunger starben! Ein Beispiel mag Euch das zeigen. Im Vergleich zum Jahre 1910 vergrößerte sich im Jahre 1917 die Sterblichkeit der Kinder von 1-5 Jahren um ein Fünftel, die der Säuglinge um ein Sechstel!

Nur eine bessere Ernährung, ein ausgedehnter Schutz für werdende Mütter, Wöchnerinnen, Säuglinge und Kleinkinder kann dem Massensterben Einhalt tun. Deshalb müht Ihr in alle Stadtgemeinden Vertreter entsendend, die eintreten für

Übernahme der Nahrungsmittelversorgung durch die Gemeinden.

Einrichtung von städtischen Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheimen.

Schaffung und Ausbau von Krippen, Kinderergärten und Kinderhorten, verbunden mit ärztlichen Beratungsstellen für die Mütter.

Mütter! Ihr leistet den wertvollsten Einsatz zu allem, was geschieht. Ihr gebt eure Kinder, Ihr zahlt mit Euren Fleisch und Blut! Darum habt Ihr das Recht und die Pflicht, mitzuentcheiden über das Schicksal Eures Volkes, denn das Volk seid Ihr und eure Kinder!

Wollt Ihr die Wunden heilen helfen, die der Krieg geschlagen, dann stellt Euch an die Seite der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die den Krieg bekämpfte mit aller Kraft, die das Kind wertet als höchstes Gut der Menschheit, deren Ziel die Völkerverbrüderung ist.

Aber nur gestützt auf die Massen des arbeitenden Volkes kann sie eine klare, sozialistische Politik auch in den Stadtgemeinden betreiben und wenn sie mit Eurer Hilfe die Mehrheit in den Stadtparlamenten erringt. Darum, Mütter und Frauen, geht Sonntag zur Wahl! Keine darf fehlen, sonst verhilft sie den Feinden des Sozialismus zum Siegel! Gebt eure Stimme ab für die Frauen und Männer, die allein eine Bürgerschaft sind, daß der Geist einer neuen Zeit in die Stadtverwaltungen eingeht, wählt alle die Liste der

Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen in Groß-Berlin

Finden am kommenden Sonntag, den 23. Februar, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Bis dahin muß noch fleißig agitiert werden, um recht viele Stimmen für die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen. Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Daher verdamme niemand, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen und Freunde und Bekannte dazu zu gewinnen, für unsere Listen zu stimmen.

Kandidatenlisten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.).

Die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.) beginnen mit den Namen:

In Berlin	Dr. Hermann Wehl.
„ Charlottenburg	Alf. Remig.
„ Neukölln	Lachmund.
„ Schöneberg	Gustav Hoffmann.
„ Wilmersdorf	Dr. Rudolf Breitscheid.
„ Steglitz	Alf. Hermann-Sachow.
„ Friedenau	Paul Richter.
„ Tempelhof	Max Schmidt.
„ Zehlendorf	Max Gedling.
„ Treptow-Baumsculentweg	Max Freigang.
„ Wilmersdorf	Emil Modt.
„ Niederhönneweide	Paul Bengsch.
„ Köpenick	Otto Hebrich.
„ Bohnsdorf	Georg Dornet.
„ Lichtenberg	Oskar Wlke.
„ Friedrichsfelde-Karlshorst	O. Frenkel — R. Küter.
„ Panlow	Kubig.
„ Tegel	Kahl.
„ Rosenthal	Otto Wagemann.
„ Gremesdorf	Wegener.
„ Waidmannslust	Luiser.
„ Mienick (Nordbahn)	Wlfer.
„ Bernau	Karl Helbig.

Die Zentralwahlbüros der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P.) befinden sich in den nachstehend aufgeführten Lokalen:

In Charlottenburg	im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
„ Neukölln	im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 8 (Tel. Nr. 1894).
„ Wilmersdorf	im Rest. Schilling, Ravensburger Straße 21.
„ Steglitz	im Rest. Piechotta, Bergstr. 9.
„ Friedenau	i. Rest. Klabe, Sandbierstr. 60/61.
„ Zehlendorf	im Rest. Stärke, Teltower Str. 23.
„ Wilmersdorf	im Rest. Biège, Seddstr. 4.
„ Bohnsdorf	in der Gemeindegemeinschaft.

In Friedrichsfelde im Rest. Sudbrink, Berliner Straße 98.
„ Panlow i. Rest. J. Rurfürsten, Berliner Straße 102 (Tel.: Nr. 232).
„ Tegel im Rest. Christensen, Schlieverstraße 69.

Die Wahlbüros sind am Sonntag von morgens 8 Uhr ab geöffnet. Wahlhelfer werden noch dringend gebraucht. Genossinnen und Genossen, die gewillt sind, bei der Wahl zu helfen, mögen sich in den oben bezeichneten Lokalen melden.

Gewerkschaftliches.

Zum Warenhausstreik.

Die Unternehmer haben ein begründetes Interesse, die arbeitswilligen Angestellten mit Renten festzusetzen. Sie haben zu diesem Zweck an alle Angestellten per Einschreibebrief die nachstehende Aufforderung ergeben lassen:

„Hiermit ersuchen wir Sie, auf beigefügter Karte mitzuteilen, ob Sie bereit sind, Ihren Dienstverhältnissen und gegenüber sofort nachzukommen. Gebalten wir nicht innerhalb 3 Tagen Ihre Zustimmung, so nehmen wir an, daß Sie uns Ihre Dienste verweigern.“

Falls Sie arbeitswillig sind, geben Sie uns die Gründe an, warum Sie Ihre Tätigkeit nicht aufnehmen.“
Die Organisation empfiehlt allen vom Streik Betroffenen, mitzuteilen, daß sie gewillt waren, zu arbeiten, aber an der Aufnahme der Arbeit behindert wurden. Weiter wird empfohlen, daß nicht alle dieselben Worte wählen dürfen, damit nicht daraus kennlich wird, wer zur Partei der Streikenden gehört hat. Damit wird die Kriegslage der Unternehmer zu nichte gemacht.

Mit kollegialem Gruß
Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Arbeiterräte und Tarifverträge.

Mitglieder des Verbandes Deutscher Buchdrucker hatten am 18. Februar ohne Zustimmung des Berliner Gewerkschaftsbundes eine stark besuchte Versammlung abgehalten. Nach einem instruktiven Referat des Redakteurs Lange, an dem sich eine lebhafte Diskussion angeschlossen, wurden in einer gegen drei Stimmen angenommenen Resolution die Arbeiterräte als unerlässlich notwendig bezeichnet und zur Sicherung der Revolution der Streik als Waffe in Erwägung gezogen. U. a. protestierte die Versammlung gegen den Entschluß der preussischen Staatsregierung über den Arbeitszwang und verlangte vom Gewerkschaftsbund die Einberufung einer allgemeinen öffentlichen Buchdrucker-Versammlung. Nach Rücksprache mit demselben soll der erweiterte Vorstand darüber beschließen bzw. die am 24. Februar stattfindende Vertrauensmänner-Versammlung selbst einen Beschluß herbeiführen. An den Mitgliedern liegt es nun, die Vertrauensleute und Delegierten zu beauftragen, in diesem Sinne zu handeln. Kein zeitgemäßes Thema gibt es zu erörtern, als die Frage der Arbeiterräte und Tarifverträge. Soll doch die deutsche Buchdrucker-Gewerkschaft zur Grundlage für die Arbeitsverträge auf rechtsgültiger Basis genommen werden. Wer das Wesen dieser Lohngemeinschaft kennt, muß einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Für die Buchdrucker bedeutet sie eine Fessel in der Fortentwicklung ihrer berechtigten Ansprüche in der Krisenzeit. Trotz der bald drei Jahrzehnte bestehenden Tarifgemeinschaft sind die Buchdrucker als einstige „Moniere“ auf das Niveau geringbezahlter Saisonarbeiter herabgedrückt.

Groß-Berlin.

Schwanengesang im Dreiklassenparlament.

Die letzte Sitzung im Dreiklassenhaus in der Königstraße. Seit hundert Jahren zusammengekehrt nach Klassen, wog das Vortrecht der Hausbesitzer kam. Kein Wunder, daß dieses Parlament der Ausdruck des Weibes war. Die Interessen der bestehenden Klasse spielten die ausschlaggebende Rolle; die breiten Massen waren in die dritte Abteilung gedrängt, ihr Einfluß war ein bedingter. Das neue Wahlrecht segt diese Auserwählten in der Hauptsache hinweg. Das wissen die jetzigen Vertreter im roten Hause. Sie ahnen, daß sie an Zahl klein, zurückzuführen werden. Und so erhob sich nach Abschluß der öffentlichen Verhandlungen der Oberbürgermeister und wies auf den neuen Zustand hin, der der Stadtverordnetenversammlung ein neues Gesicht geben wird. Diese würden nicht wiederkehren; dafür neue Männer und auch Frauen. An die, die das letzte Mal im Saale feien und jahreslang im Dienste der Stadt gearbeitet hätten, wende er sich. Er feierte deren Verdienste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie auch außerhalb des Rathauses im Gemeininteresse weiter wirken möchten. Dem Vorsitz der Versammlung, Herrn Michelet, der das letzte Mal präsidiert, widmete er besonders herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung.

Herr Michelet gab gerührt seinem Danke Ausdruck und sagte Lebewohl. Dann erschienen die Herren Cassel, Kommissar und von den Reichstagssozialisten Bruns auf dem Plan, um auch ihrerseits Herrn Michelet zu bedankend. Die Unabhängige Partei hatte keinen Anlaß, sich an dieser Begegnung zu beteiligen.

Am Schluß der Sitzung gab es ein trübseliges Abschiednehmen, da viele bereits sicher sind, daß sie nicht wiederkommen. An unsere Genossen liegt es, dafür zu sorgen, daß recht wenige der bürgerlichen Vertreter wiederkommen, indem sie mit aller Kraft für unsere Liste wirken, die mit dem Namen Dr. Hermann Wehl beginnt.

Vorher hatte die Versammlung eine ganze Reihe Vorlagen verabschiedet, zum Teil solche sehr wichtiger Natur, eine Erhöhung der Vergütungsbüße der städtischen Hilfskräfte, Zulagen für Beamte, Abstellung von Schulzweckern, Zulagen für Almosensammler und andere.

Die Kommandantur und das Wahlrecht.

Ein aus der Ukraine am 4. Februar heimgekehrter hat auf sein Ansuchen bei der Kommandantur, ihm zur Ausübung seines Wahlrechts eine Bescheinigung auszustellen, die Antwort erhalten, es wären Formulare nicht vorhanden. Dadurch würde der Mann, der nach jahrelangen Kämpfen nach der Heimat zurückgekehrt ist,

am sein Wahlrecht kommen. Das wäre ja eine schöne Belohnung. Hier sollte beschleunigt abgeholfen werden und zwar noch heute, sonst ist es zu spät.

Rücksichtsloser Waffengebrauch.

Gestern abend um 6 Uhr ereignete im Kaffee National in der Friedrichstraße der Kriminalkommissar Dittmann, um einen dort zufällig anwesenden Kaitosen zu verhaften. Er machte den Versuch, dem Kaitosen Handschellen anzulegen. Der Verhaftete wehrte sich dagegen und erklärte sich bereit, freiwillig mitzugehen. Es entsand ein kurzer Wortwechsel, in dem der Beamte genügend Grund zum Gebrauch der Schußwaffe erblickte. Er trat, ohne durch fällige Gegenwehr des Kaitosen dazu veranlaßt zu sein, einen Schritt zurück, zog seinen Revolver und gab zwei Schüsse ab, die den Kaitosen tödlich trafen. Er wurde zur Unfallstation in der Kronenstraße gebracht. Die Schießerei verursachte im Kaffee große Aufregung, die der famose Ordnungshüter benutzte, um zu verschwinden. So geht es, wenn Kollinge wissen, daß die Justiz für ihre Verbrechen blind ist.

Der Leichensund an der Mörderbrücke ist sehr aufgeföhrt. Die Verwaltung des Leichenschauhauses ging fleißig daran, alle Meldungen über vermählte Frauen und Mädchen zu prüfen. So rief man auf die 31 Jahre alte Ehefrau Margarethe des Tischlers Rüttner aus der Reuterstraße 28 zu Neukölln, die seit dem 5. Januar d. J. verschwunden war. Frau Rüttner verfiel nach einer Einbindung in höhere Gemütsverfassung. In dieser tiefen Niedergeschlagenheit verließ sie am 5. v. M. heimlich die Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Man rief Rüttner nach dem Scheitern, und er erkannte seinen vorzeitig in der Toten von der Mörderbrücke keine Frau bestimmt wieder. Nach allen Umständen ist anzunehmen, daß Frau Rüttner freiwillig ins Wasser gegangen ist, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Auch ihr Mann ist davon überzeugt. Die Verlobungen rühren wohl alle von Schiffbräuben und Bootsdälen her.

Kritikerverklausur Nord, Spandau. Am Freitag mittag 12 Uhr findet in den Wärens-Sälen, Müllerstraße 142, eine Vertriebsversammlung statt. Tagesordnung: Nationalversammlung oder Parteitag. Referent: Fröhlich (R. P. D.), Korrespondent Wlzig (U. S. P. D.).

Lebensmittellieferer.

Berlin. Bis Dienstag, den 25. Februar, in den Bezirken des 136., 138., 145., 168., 231., 234. und 187. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Mehl. — Die Stadt Berlin verteilt an diejenigen Kinder, die zwischen dem 1. Januar 1910 und dem 31. Dezember 1914 geboren sind, einmalig 6 Päckchen Milchpulver je 58 Gramm auf besondere Bezugsscheine. Die Bezugsscheine werden von den Brotkommissionen in der Zeit vom 22. bis 26. Februar 1919 an die Bezugsberechtigten ausgegeben. Die Bezugsscheine sind vom 22. Februar bis 2. März 1919 in den durch rote Verkaufsschilder gekennzeichneten Buttergeschäften zur Abrechnung der Anmeldebüchlein vorzulegen. Die Geschäfte sind bei den Brotkommissionen bekannt, sie werden auch durch Schulbesuch veröffentlicht. Die Milchpulver wird vom 5. bis 16. März 1919 in diesen Geschäften gegen Abgabe der Bezugsscheine verabreicht werden.

Aus den Organisationen.

Kreis Niederbarnim.

Am Montag, den 24. Februar, abends 6 Uhr, im Café Bellevue, Bahnhof Stralau-Krummeburg: Kreis-Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl der Delegierten, 3. Verschiedenes. Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Zutritt haben nur Delegierte, die von den Bezirken mit einem Mandat versehen sind. Der Kreisvorstand.

Neukölln. Wählerversammlungen finden am Freitag, abends 6 Uhr, bei Wolf, Kirchhofstraße 41, und Greffs Festsaal, Hermannstraße 100/107, um 6 1/2 Uhr im Hygeum, Berliner Str. 10, eine Frauenversammlung um 6 1/2 Uhr im Restaurant Karlsgraben, Karlsgrabenstraße 6/10, statt. Um 7 1/2 Uhr in demselben Lokal eine öffentliche Versammlung für Arbeitslose. — Sonnabend, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr, von den Schulzeigkollektoren Flugblattverbreitung. Nach der Flugblattverteilung findet am Freitagabend statt. Zu dem am Dienstag, den 25. d. M., vorm. 10 Uhr, im Deutschen Werkhaus (Kino) stattfindenden Kreisgeneralversammlung sollen die gewählten Bezirke zwei Delegierte, die ungeraden Bezirke je einen Delegierten. Die Bezirke 5, 7, 9, 11 und 13 dagegen zwei Delegierte. Die Mandate sind am Montag, den 24., vom Bureau abzuholen. Das Material zur Flugblattverbreitung ist am Sonntag abends nachmittags von den Viertelwahlkollektoren in Empfang zu nehmen.

Britz. Freitag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, bei Rothbar, Chausseest. 31, öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Gemeindevereinerwahlen, 2. Aus der Tätigkeit des A. und S. Rates.

Niederschönhausen. Heute abends 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Lokal von Tempel, Hauptstr. 2.

Karlshorst. Freitag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Kell's Gesellschaftshaus, Auguste-Viktoria-Str. 41.

Tegel. Freitag abends 5 Uhr Flugblatt- und Handzettelverteilung, Restaurant Lenhard, Berliner Straße.

Sigward. Heute, Freitag, abends 7 Uhr: Volksversammlung im Lokal von Puchholz. Tagesordnung: Die Bedeutung der Gemeindevahlen. Referent: Genosse Hermann Ritter.

Freie Jugend, Gruppe Rosenthaler Vorstadt. Freitag, den 21. Februar, Mitgliederversammlung im Lokal Benglow, Gartenstr. 88.

Freie Jugend Steglitz und Friedenau. Freitag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Steglitz, Kniephofstraße 69, Vortrag über: Die Jugend in der Revolution.

Freie Jugend Friedrichsfelde. Freitag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag des Genossen Fride über das Thema „Jugend und Revolution“ in der L. Anstaltsschule, Kummelsburger Straße.

Freie Jugendbewegung Wilmersdorf. Freitag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Biège, Sedanstr. 8, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag über: Ziele und Zweck der Jugendbewegung. Freie Ausdrucks. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wlzepp, Neukölln. — Verlag „Die Arbeit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Linden-Druckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 22.

